



KPV KOMMUNALPOLITISCHE
VEREINIGUNG DER CDU UND CSU
DEUTSCHLANDS

Das Energiekonzept macht die Kommunen stark!

Beschluss

Bundesvertreterversammlung
19. November 2011 in Kassel

1 Das Energiekonzept macht die Kommunen stark!

2

3 Das neue Energiekonzept Deutschlands, von der unionsgeführten Bundesregierung im
4 breiten gesellschaftlichen Konsens entwickelt, eröffnet den Kommunen außergewöhnliche
5 neue Perspektiven. Dezentralität und kommunale Verantwortung erhalten einen völlig
6 neuen Stellenwert. Demokratisch legitimierte Daseinsvorsorge kann ein neues Gefühl von
7 Heimat schaffen. Die Gemeinden, Städte und Landkreise sind die starken Partner, um
8 dezentral Energie zu erzeugen und zu speichern, die nötigen Leitungsnetze zu bauen,
9 Energieeffizienz und Klimaschutz zu erreichen und alles zu stabilen erschwinglichen
10 Energiepreisen!

11

12 Zukunft ergreifen heißt, schnell die Herausforderungen annehmen, kommunale
13 Energiekonzepte entwickeln und konkrete Maßnahmen zum Auf- und Ausbau der
14 dezentralen Energieversorgung und Energieerzeugung einzuleiten. Die KPV fordert
15 alle Beteiligten auf, dies als Chance für mehr kommunale Selbstverwaltung, für mehr
16 kommunales Engagement und Handeln, für mehr Bürgereinbindung und
17 Bürgerbeteiligung zu nutzen.

18

19 Mehr Energie für die Heimat

20 Die Bürgerinnen und Bürger sind an der Erarbeitung einer kommunalen und regionalen
21 Energiekonzeption zu beteiligen. Die KPV setzt sich dafür ein „Energieleitbilder“
22 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln und durch die
23 Vertretungskörperschaften zu beschließen. Der gesellschaftliche Konsens zum Ausstieg
24 aus der Atomkraft muss zu einem gemeinschaftlichen positiven kleinteiligen
25 Handlungsrahmen werden, damit in jeder Kommune der Beitrag zum Gelingen sichtbar
26 wird. Wer den Atomausstieg befürwortet, aber gleichzeitig die Windräder oder die
27 Energieleitung verhindern will, darf gesellschaftlich keinen Erfolg bekommen.

28 Die KPV fordert insbesondere Stadtwerke und Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken
29 auf, Projekte zu entwickeln, die auch finanzielle Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger
30 an der Energieversorgung und Energieerzeugung ermöglichen. Das kann eine neue
31 Bindung an die Kommune oder Region und eine neue Verantwortungspartnerschaft vor
32 Ort begründen.

33

34 Energie vor Ort erzeugen

35 Damit die Energiewende ein Erfolg wird, müssen alle Ressourcen der alternativen
36 Energieerzeugung mobilisiert werden: Wir brauchen die großindustriellen Anlagen ebenso
37 wie die dezentralen Anlagen von privaten Unternehmen, Kommunen, Stadtwerken,
38 Genossenschaften, Privatinitiativen oder in interkommunaler Zusammenarbeit.

39 Wenn die Energie vor Ort erzeugt wird, muss dabei zusätzlich die entstehende Wärme
40 auch unmittelbar vor Ort genutzt werden können.

41 Neben der Off-Shore Windenergie ist auch die Windkraft auf dem Land verstärkt zu
42 nutzen. Hierzu gehört vor allem die Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale durch den
43 Austausch älterer durch neue, leistungsstärkere Windkraftanlagen. Beim sogenannten
44 Repowering sind die Grenzabstände zur Wohnbebauung zu beachten. Auch die Windkraft
45 im Wald sollte verstärkt genutzt werden. Die dezentrale Lage, die Entfernung zur
46 Wohnbesiedlung und das bereits bestehende forstwirtschaftliche Wegenetz bieten die
47 Chance, diese Energiequelle möglichst störungsfrei zu erschließen.

48 Biomasseanlagen müssen an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Die
49 Notwendigkeit spezielle Anlagengrößen zu privilegieren besteht nicht. Die Genehmigung
50 der „kleinen Wasserkraft“ als grundlastfähige Energieerzeugung ist weiter zu vereinfachen.
51

52 Intelligent vernetzen

53 Damit wir die alternativen Energien auch nutzen können, muss das Stromnetz den neuen
54 Bedürfnissen angepasst und schnellstmöglich ausgebaut werden. Ca. 80 Prozent der
55 erneuerbaren Energien können auf der Ebene der Verteilnetze eingespeist werden. Dies
56 erfordert erhebliche Investitionen der Stadtwerke als Verteilnetzbetreiber vor Ort.
57 Der Ausbaubedarf der Fernleitungstrassen lässt sich durch Förderung von
58 Speichertechnologien und nicht zuletzt durch die Steuerung der Nachfrage insbesondere
59 durch intelligente Stromnetze („Smart Grids“) reduzieren. Durch „Smart Grids“ wird die
60 Verknüpfung von Erzeugern, Verbrauchern und Speichern über das Internet und so eine
61 angebotsorientierte Steuerung des Stromverbrauchs möglich. In diesem Zusammenhang
62 begrüßt die KPV die „Breitbandstrategie“ der unionsgeführten Bundesregierung, um eine
63 lückenlose Anbindung aller Städte und Gemeinden - auch im ländlichen Raum - an schnelle
64 Internetverbindungen zu gewährleisten.
65 Hinsichtlich der erforderlichen Höchstspannungsstromleitungen brauchen wir eine
66 vernünftige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – nicht nur der Betroffenen – und die
67 frühzeitige Einbindung betroffener Kommunen.
68

69 Vor Ort speichern

70 Neben der Entwicklung und dem Ausbau neuer Speicherungsmedien kann die
71 Elektromobilität einen wichtigen Beitrag zur Zwischenspeicherung von Energie leisten. Die
72 KPV begrüßt die Ziele der nationalen Strategie zur Förderung von Elektromobilität und
73 fordert die offensive Mitwirkung der Städte, Gemeinden und Landkreise.
74

75 Anreizen und Energie sparen

76 Auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs und
77 etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen. Die KPV fordert weiter deutliche Anreize zur
78 energetischen Sanierung und zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden. Die KPV
79 unterstützt den Ansatz der steuerlichen Begünstigung von energetischen Investitionen,
80 zumal die örtliche Wirtschaft und das örtliche Handwerk von den Maßnahmen profitieren
81 werden.
82 Die Kommunen unternehmen bereits heute nicht zuletzt auch mit Hilfe der vorhandenen
83 Förderprogramme große Anstrengungen, ihren Gebäudebestand energetisch zu sanieren,
84 um so den Energieverbrauch und die Kosten weiter senken zu können.